

Link: <https://www.computerwoche.de/a/deutsche-ceos-erwarten-mehr-vom-staat,3062814>

Infrastruktur- und Innovationsförderung

## Deutsche CEOs erwarten mehr vom Staat

Datum: 09.06.2014

Autor(en): Holger Eriksson

**Nach den Ergebnissen einer PWC-Studie sehen deutsche Top-Manager den Staat bei der Infrastruktur- und Innovationsförderung in der Pflicht, um den Herausforderungen der digitalen Transformation und des demografischen Wandels zu begegnen.**

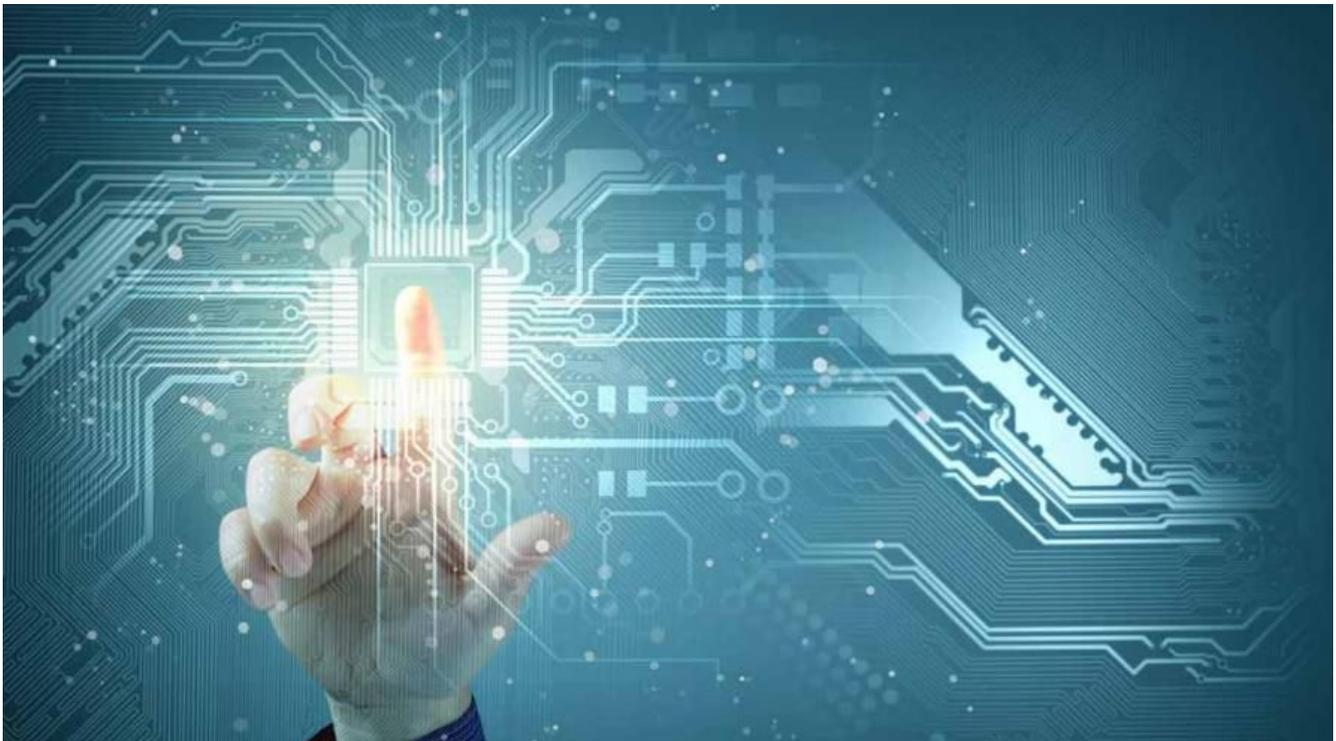


Foto: Sergey Nivens, Shutterstock.com

Nach Ansicht deutscher Top-Manager sollten staatliche Institutionen und Entscheider die Förderung von Infrastruktur und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen forcieren. Wie aus der Studie "Government and the Global CEO 2014 - Fit for their futures?" der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PWC hervorgeht, ist die Verbesserung der Infrastruktur für mehr als die Hälfte der befragten Vorstandschefs deutscher Unternehmen eine der drängendsten Aufgaben der öffentlichen Hand.

Dabei stehen die Erwartungen an Staat und Politik in engen Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Megatrends der nächsten fünf Jahre: Die Befragten sehen die Alterung der Gesellschaft (78 Prozent) und die immer engere digitale Vernetzung in Wirtschaft und Gesellschaft (76 Prozent) als die maßgeblichen Einflussfaktoren für ihr Geschäftsumfeld an.

"Die systematische Kooperation von Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung, Forschung und Bildung ist ein wesentlicher Beitrag zum Management des demografischen Wandels", erklärt Alfred Höhn, Partner bei PWC und Leiter des Bereichs öffentlicher Sektor. Gleichzeitig böte die Vernetzung die Chance, über Innovationen die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Wachstum zu schaffen. "In diesem Koordinierungsprozess kommt der öffentlichen Hand eine Führungsrolle zu", sagt PWC-Manager Höhn.



Alfred Höhn, Partner bei PWC und Leiter des Bereichs öffentlicher Sektor  
Foto: PWC

Als größte politisch beeinflussbare Risiken für das Wirtschaftswachstum nennen die deutschen CEOs die Überregulierung (76 Prozent), gefolgt von der Sorge über höhere Energiekosten (62 Prozent). Etwas gelassener betrachten die deutschen Firmenlenker dagegen die staatliche Finanzpolitik. Zwar fürchtet auch hier mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Befragten mögliche negative Folgen. Im internationalen Vergleich wirkt das Urteil der deutschen Manager eher moderat: Von den weltweit befragten CEOs sehen über 70 Prozent den Umgang ihrer Regierungen mit Schulden und Haushaltsdefizit als erheblichen Risikofaktor.

Nach Einschätzung des PWC-Experten Höhn ließen sich aus den Antworten der deutschen Befragten für die öffentliche Hand drei strategische Aufgaben ableiten:

- Kurzfristig erwarteten die CEOs Klarheit über die künftige Energiepolitik - konkret gehe es um die weitere Ausgestaltung der 'Energiewende' und den Aufbau der notwendigen Infrastruktur.
- Zweitens sollte sich der Staat stärker für die digitale Transformation engagieren - die intelligente Vernetzung von Prozessen und Systemen sei angesichts der Sparzwänge unabdingbar und werde im Hinblick auf den demografischen Wandel eine wesentliche Rolle beim Wissens- und Kompetenzerhalt in Verwaltungen und öffentlichen Institutionen spielen.
- Und schließlich gehe es den Managern um eine Erneuerung der Vertrauensbasis zwischen Wirtschaft und Staat, wie die stark verbreitete Sorge vor einer ausufernden Regulierung verdeutliche.

Die Studie "Government and the Global CEO: Fit for their futures" beruht auf der Befragung von weltweit 1.344 Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführern, darunter 45 aus Deutschland. Zusätzlich wurden ausführliche Interviews mit 45 Top-Entscheidern aus Regierungen, Regierungsorganisationen und staatlichen Unternehmen geführt.